

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

19 (18.2.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Ercheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 20, monatlicher Bezugspreis RM 2.20 (inkl. RM — 20 Trägerrücklage, bei Zustellung durch die Post RM 2.00 zuzüglich Zustellgebühr).

Anzeigenr.: Die 20 mm br. Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.30; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanfrage RM 2.—. Aml. Anzeigen 10% Nachsch.

2. Jahrgang / Nummer 19

Mittwoch, den 18. Februar 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Welt-Rundschau

WASHINGTON (Dona-Berlin). Das oberste amerikanische Bundesgericht hat den Revolutionskrieg der 14 ehemaligen Staaten und Wissenschaftler, von denen im Nürnberg-Prozess 7 zum Tode und 7 zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, abgelehnt.

WASHINGTON (AP). Beamte der amerikanischen Bundespolizei verhafteten in New York Ferdinand Christian Smith, Sekretär der amerikanischen Schiffahrtsgesellschaft, den CIA gehört, als ausländischen Kommunisten und brachten ihn nach Ellis Island, wo ihn ein Anwaltsgesandter erwartet, wie das US-Justizministerium bekanntgab.

LONDON (Dona). Zwischen dem Kriegsminister, dem Außenminister und dem Generalstaatsanwalt sind laut AFP Besprechungen stattgefunden, die ebenfalls Generalstaatsanwaltschaft von Bundesrat im Gange, sollte der britische Kriegsminister Maxwell Shawwell mit. Von Bundesrat befindet sich zur Zeit in Kriegsgefangenschaft in England.

LONDON (Dona). Fünf belgische verschleppte Personen wurden, wie die konservativ „Daily Graphic“ laut AFP berichtet, von Großbritannien aufbewahrt. Diese Maßnahmen stellen einen Teil eines größeren Aktes des belgischen „Secret Service“ zur Bekämpfung von ausländischen Agenten dar, die zur Verbreitung „nationalistischer Propaganda“ nach England entsandt wurden.

PARIS (AP). Die großen Pariser Modedesigner, die etwa 1000 der berühmtesten Modedesigner der Welt sind, haben sich im Palais de la Mode, einem der schönsten Gebäude der Stadt, zu einer Konferenz versammelt, um die Zukunft der Mode zu besprechen.

ROUEN (AP). Ein belgischer französischer Konsul wurde am Sonntag mit seinem Zwillingsbruder, den er seine Künste verleiht, die Maschine stürzte jedoch bei der Fahrt ab. Beide Brüder kamen ums.

SUDAPOST (Dona). Der am 23. November vergangenen Jahres aus Ungarn geflohene ehemalige Vorsitzende der ungarischen Sozialdemokratischen Partei, Csizsák Peyer, wurde von Budapest verhaftet und in Abwesenheit zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Erzbischof Dr. Conrad Gröber †

Karlsruhe, 17. Febr. (SAZ). Wie wir bereits kurz berichteten, starb am 14. Februar in Freiburg der Oberhirte der badischen Katholiken, Erzbischof Dr. Conrad Gröber, der im vergangenen Jahr sein goldenes Priesterjubiläum feiern konnte, an den Folgen einer Lungenerkrankung im Alter von fast 78 Jahren. Am 1. April 1912 in Meßkirch geboren, absolvierte er das Konstanzer Gymnasium und begann seine theologischen Studien in Freiburg. 1937 wurde er in Rom zum Priester geweiht und promovierte zum Doktor der Theologie. Nach den ersten fünf Jahren seelsorgerischer Tätigkeit in der Erzdiözese Freiburg wurde er nach Konstanz berufen, wo er über 20 Jahre Leiter des Gymnasialkollegiums war und anschließend Pfarrer am Konstanzer Münster. Eine rege schriftstellerische Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten der Kunst- und Heimatgeschichte kennzeichnet diese Konstanzer Jahre. Im Jahre 1931 erfolgte seine Ernennung zum Bischof des süddeutschen Diözesanbistums Meßkirch. Noch im gleichen Jahr wurde er Erzbischof seiner Heimatdiözese in Freiburg. Während der Nazizeit war der Kirchenfürst Schmähungen und Verleumdungen ausgesetzt, gegen die Nationalsozialisten trat er mutig für die Wahrheit und seinen Glauben ein. Die Beisetzung findet am 20. Februar im Freiburger Münster statt.

Simpfendorfer schrieb an Hitler

Berufungsverhandlung gegen den ehemaligen Kultusminister

Stuttgart, 17. Febr. (SAZ). Vor einer Stuttgarter Spruchkammer begann die Berufungsverhandlung gegen den ehem. Kultusminister Wilhelm Simpfendorfer, der im Herbst 1943 als Hauptbeschuldigter angeklagt, jedoch als Minderbelasteter mit Bewährungsfrist eingestuft wurde. Dieser Spruch wurde durch das Befreiungsministerium kassiert, nachdem die Denazifizierungsabteilung der Militärregierung erneut Material zur Verfügung stellen konnte. Das Simpfendorfer politisch belasten könnte. In einer Linie handelt es sich um ein Schreiben Simpfendorfers an Adolf Hitler vom 24. 4. 1933, in dem dieser in seiner Eigenschaft als Reichstagsfraktionsvorsitzender des „Christlichen Volkendienstes“ um eine persönliche Unterredung mit Hitler nachsuchte. In dem Brief versichert der Betroffene seine Bereitschaft, die nationalsozialistische Führung zu unterstützen. In der Verhandlung erklärte Simpfendorfer nun, er habe die nationalen und sozialen Ziele der NSDAP im April 1933 für eine geschichtliche Notwendigkeit gehalten. Den Brief deutete er als einen Versuch, „um Hitler ins Gespräch zu kommen, um bei dieser Gelegenheit gegen den nationalsozialistischen Terror anzukämpfen“, der sich gegen seine Parteifreunde richtete. Sein „Ja“ zum Ermächtigungsgesetz motivierte Simpfendorfer mit dem Hinweis, daß er „zum Zwecke der Demaskierung“ die NSDAP in Verantwortung zwingen wollte.

Als Sachverständiger äußerte Prof. Dr. Erich Kaufmann-Bühler über den Locomo-Vertrag u. a.: „Die Verhältnisse hatten sich 1933/34 gegenüber 1932/33 so grundlegend geändert, daß Deutschland sich mit guten Gründen von den Verpflichtungen dieses Vertrages lösen konnte.“ Hieran anschließend bemerkte Simpfendorfer, dem vorgehalten wurde, die Leser seiner Parteizeitung zur Billigung der Verletzung des Locomo-Vertrages aufzufordern zu haben: „Man kann sich nicht länger an Verträge halten“.

Londoner Dreier-Besprechungen vertagt

Neuer Termin 23. Februar — Forderungen der Benelux — Frankreichs Wünsche

Paris, 17. Febr. (AP). Das französische Außenministerium gab bekannt, daß der für den 19. Februar vorgesehene Beginn der Dreimächte-Besprechungen über Deutschland auf den 23. Februar verschoben worden ist. Die Besprechungen zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten über die Zukunft ihrer Besetzungszonen in Deutschland werden verschoben, um dem amerikanischen Botschafter in England, Lewis Douglas, eine Teilnahme zu ermöglichen. Douglas befindet sich gegenwärtig zu Besprechungen im Zusammenhang mit dem Marshallplan in den Vereinigten Staaten. In London wird jedoch davon gesprochen, daß die Verzögerung amerikanischerseits angesichts der, um Pläne zu einer weitgehenden Einmischung Deutschlands in den Marshallplan zur Beratung vorzubereiten. Anlaß für das amerikanische Bestreben, den Anteil der westdeutschen Wirtschaft am europäischen Wiederaufbauprogramm bereits auf dieser Konferenz zu beraten, sei der mit Zustimmung Amerikas gefaßte Beschluß für eine Tagung der Marshallplan-Staaten in nächster Zukunft gewesen. Es scheint den Vereinigten Staaten wünschenswert zu sein, vor dieser Konferenz die Rolle Westdeutschlands im Rahmen des Marshallplanes und damit seine Bedeutung für den europäischen Wiederaufbau umrissen zu sehen.

Forderungen der Benelux
London, 17. Febr. (Dona-INS). Belgien und Holland fordern volles Recht auf Teilnahme an den kommenden Dreier-Besprechungen über Westdeutschland als Preis für ihre Teilnahme an einer westeuropäischen Union. Die Forderung der Benelux-Länder vor Teilnahme und Stimmberechtigung bei den Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands steht an erster Stelle der Tagesordnung der Londoner Besprechungen. Die drei Staaten — die USA, Großbritannien und Frankreich — müssen entscheiden, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen die Benelux-Länder einbezogen werden.

Es sei ebenfalls bekannt, daß der französische General Gamelin zum gleichen Zeitpunkt einen Plan für gemeinsame britisch-französische militärische Operationen gegen die UdSSR ausgearbeitet habe, der insbesondere die Bombardierung der Städte Baku und Batum ins Auge faßte. Die Vorbereitungen wurden seitens der französischen und britischen Regierung mit aller Eile betrieben. Der Generalstab beider Länder befaßte sich mit den Plänen für einen solchen Angriff. Anstatt den Krieg gegen Hitler zu führen, wollten „diese Herrschaffen“ den Krieg gegen die Sowjetunion in Szene setzen.

Die sowjetische Regierung behauptet in ihrer Erklärung ferner, daß Amerika und Großbritannien mit Hitler während des Krieges Fühlung nahmen. Der Beweis hierfür werde durch die Veröffentlichung entsprechender Dokumente erbracht werden. Aus diesen Dokumenten sei ersichtlich, daß im August 1941 ebenso wie in den Jahren 1942 und 1943 in Lissabon und in der Schweiz Verhandlungen hinter dem Rücken der Sowjetunion zwischen britischen und deutschen Vertretern stattfanden. Später seien gleiche Besprechungen über die Frage eines Friedensschlusses mit Deutschland zwischen Amerika und Deutschland geführt.

Konferenz der slawischen Staaten
Prag, 17. Febr. (AP). Am Dienstag begann im Czernin-Palast in Prag die Konferenz der slawischen Staaten über deutsche Fragen. Der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk übernahm den Vorsitz über die erste halbtägige Sitzung. Auf der Organisationsfrage besprochen wurden. Danach verlagte sich die Konferenz auf Dienstagabend ins Hotel Masaryk, auf dem der tschechoslowakische Außenminister Masaryk erklärte auf der Konferenz, daß die Außenminister der drei östlichen Länder als „Freunde einer internationalen Tagung“ zusammengelassen seien, um dieselben über deutsche Fragen zu beraten, die dringende einer Klärung bedürften. Er empfahl zugleich, weitere Konferenzen mit den gleichen Teilnehmerstaaten vorzunehmen. Der polnische Außenminister Zygmunt Modzelewski, auf dessen Initiative die Konferenz einberufen wurde, gab hierauf eine kurze Erwiderung ab, der sich auch der jugoslawische Außenminister Stanoje Simic anschloß.

Die Kriegsgefangenen-Entlassung
Stuttgart, 17. Febr. (SAZ). Vorausgesetzt, daß die gegenwärtige Monatsquote von 26- bis 25.000 Entlassungen aufrecht erhalten würde — so heißt es in einer Mitteilung des französischen Generalkonsuls in Stuttgart, Pierre D'Huart, an das württemberg. Staatsministerium —, wäre bis zum November 1948 die Entlassung deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich abgeschlossen. Am 1. 1. 48 befanden sich noch 261.440 Kriegsgefangene in französischen Gewahrsam. Vom 1. 4. 47 bis 1. 12. 47 wurden 181.645 Kriegsgefangene entlassen. Im gleichen Zeitraum gelang es 21.135 Gefangenen, zu entfliehen. 140.911 Kriegsgefangene hätten einen Zivilarbeitsvertrag unterzeichnet, bei welchem sie die gleichen Rechte wie französische Arbeiter besitzen.

Röchling vor dem Tribunal Général
Die Anklageschrift beschuldigt deutsche Großindustrie
Baden-Baden, 17. Febr. (Dona). Der Prozeß gegen den Leiter der Firma Röchling begann am Montag vor dem obersten französischen Militärgericht in Rastatt. In der Anklageschrift, die gegen Hermann Röchling, Hans Lothar von Gemmingen-Hornberg, Albert Mayer, Wilhelm Rodenhauer und sämtliche Leiter des Röchlingkonzerns gerichtet ist, heißt es laut Röchling nach dem Hinweis auf die verschiedenen alliierten Abkommen, auf Grund deren der Prozeß geführt werden soll, daß zwar die politischen Leiter „des Dritten Reiches“ an der Vorbereitung und Führung der Angriffskriege, sowie an den anschließenden Kriegen begangenen Verbrechen

schuldig seien, daß diese aber nur durch die bewußte Mitwirkung bestimmter deutscher Großindustrieller und Finanzleute möglich geworden seien.

Die Tätigkeit der Leiter der Firma Röchling habe sich nicht nur auf die wirtschaftliche Ausplünderung der besetzten Länder beschränkt, ihr Chef Hermann Röchling habe auch die Verwendung des „Röchlingsschusses“ vorgeschlagen und sich wirksam an der wirtschaftlichen Führung der Angriffskriege beteiligt. Nachdem er von Göring zum Beauftragten für die Eisen- und Stahlherstellung in den Moseldepartements eingesetzt worden war, habe er versucht, seine längst gehegten Pläne in die Tat umzusetzen, nämlich: ohne Rücksicht auf die lothringische Bevölkerung die Metallindustrie dieser beiden Departements in den Dienst Hitlers zu stellen.

Die Hauptursache der vorgeworfenen Handlungen stehe die Anklageschrift nicht in den Verirrungen eines Patriotismus oder einer unbegrenzten Hingabe zum Nationalsozialismus, sondern vielmehr in dem Wunsch, sich durch die Ausbeutung ihrer Werke zum Nachteil der vom Reich überfallenen Länder zu bereichern. Tatsächlich habe Hermann Röchling bei Göring protestiert, weil er einen zu geringen Beuteanteil erhalten hätte, und bei dieser Gelegenheit seine Leistungen geltend gemacht. Außerdem habe er Kohlen und Eisenbergwerke verlangt.

Beteiligung der Bizone am Marshall-Plan

Seelos führt Besprechungen mit Zweimächte-Kontrollamt

Frankfurt, 17. Febr. (Dona). Der Vorsitzende des Exekutivrates beim Wirtschaftsrat, Staatsrat Dr. Gebhard Seelos, führte am Dienstagmorgen Besprechungen mit Vertretern des anglo-amerikanischen Zweimächtekontrollamts, die die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan zum Gegenstand hatten. Gegen Abend wurden die Besprechungen in Anwesenheit sämtlicher Direktoren der Zweimächteverwaltungen fortgesetzt. Wie von Seiten der Wirtschaftsverwaltung dazu bekannt wird, sind die zuständigen deutschen Stellen in den Besprechungen, die von offizieller Seite als „hochwichtig“ bezeichnet werden, aufgefordert worden, Fachauschüsse zu bilden, die Listen über die im Rahmen des Marshall-Planes am dringendsten in der Bizone benötigten Lebensmittel aufstellen sollen. Ähnlich wie dies in den übrigen im Marshallplan beteiligten Ländern geschehen ist, in der ersten Besprechung haben die Vertreter des Zweimächtekontrollamts Dr. Seelos ein Schreiben überreicht, dessen Inhalt geheimgehalten wird. Die Besprechungen zwischen den Alliierten und den deutschen Behörden über die Beteiligung der Bizone am Marshallplan sollen laufend fortgesetzt werden.

luden werden, ohne überhaupt mit den direkten Besprechungen begonnen werden kann.

Bonnet bei Lovett

Washington, 17. Febr. (Dona). Der französische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Henri Bonnet, brachte am Dienstag laut AFP bei dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Robert E. Lovett, noch einmal vor Beginn der Londoner Dreierbesprechungen am kommenden Montag die Wünsche Frankreichs hinsichtlich der „Föderalisierung Deutschlands“ und der Unterstellung des

Der Dokumentenkrieg

UdSSR antwortet auf die amerikanischen Veröffentlichungen

Moskau, 17. Febr. (AP). In dem vierten Teil ihrer Antwort auf die amerikanischen Veröffentlichungen deutscher Dokumente erklärt die Sowjetunion, daß Frankreich und Großbritannien im Jahre 1940 den Krieg gegen die Sowjetunion beginnen wollten. Ein entsprechender Plan/ sei damals in Frankreich von den Generalen de Gaulle und Weygand entworfen worden. Der letztere, der seinerzeit Befehlshaber der französischen Truppen in Syrien war, habe sich gerüht, den Kaukasus mit geringen Verstärkungen und 200 Flugzeugen zu besetzen und in Rußland einzudringen „wie das Messer in die Butter“.

Es sei ebenfalls bekannt, daß der französische General Gamelin zum gleichen Zeitpunkt einen Plan für gemeinsame britisch-französische militärische Operationen gegen die UdSSR ausgearbeitet habe, der insbesondere die Bombardierung der Städte Baku und Batum ins Auge faßte. Die Vorbereitungen wurden seitens der französischen und britischen Regierung mit aller Eile betrieben. Der Generalstab beider Länder befaßte sich mit den Plänen für einen solchen Angriff. Anstatt den Krieg gegen Hitler zu führen, wollten „diese Herrschaffen“ den Krieg gegen die Sowjetunion in Szene setzen.

Die sowjetische Regierung behauptet in ihrer Erklärung ferner, daß Amerika und Großbritannien mit Hitler während des Krieges Fühlung nahmen. Der Beweis hierfür werde durch die Veröffentlichung entsprechender Dokumente erbracht werden. Aus diesen Dokumenten sei ersichtlich, daß im August 1941 ebenso wie in den Jahren 1942 und 1943 in Lissabon und in der Schweiz Verhandlungen hinter dem Rücken der Sowjetunion zwischen britischen und deutschen Vertretern stattfanden. Später seien gleiche Besprechungen über die Frage eines Friedensschlusses mit Deutschland zwischen Amerika und Deutschland geführt.

Konferenz der slawischen Staaten
Prag, 17. Febr. (AP). Am Dienstag begann im Czernin-Palast in Prag die Konferenz der slawischen Staaten über deutsche Fragen. Der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk übernahm den Vorsitz über die erste halbtägige Sitzung. Auf der Organisationsfrage besprochen wurden. Danach verlagte sich die Konferenz auf Dienstagabend ins Hotel Masaryk, auf dem der tschechoslowakische Außenminister Masaryk erklärte auf der Konferenz, daß die Außenminister der drei östlichen Länder als „Freunde einer internationalen Tagung“ zusammengelassen seien, um dieselben über deutsche Fragen zu beraten, die dringende einer Klärung bedürften. Er empfahl zugleich, weitere Konferenzen mit den gleichen Teilnehmerstaaten vorzunehmen. Der polnische Außenminister Zygmunt Modzelewski, auf dessen Initiative die Konferenz einberufen wurde, gab hierauf eine kurze Erwiderung ab, der sich auch der jugoslawische Außenminister Stanoje Simic anschloß.

Die Kriegsgefangenen-Entlassung
Stuttgart, 17. Febr. (SAZ). Vorausgesetzt, daß die gegenwärtige Monatsquote von 26- bis 25.000 Entlassungen aufrecht erhalten würde — so heißt es in einer Mitteilung des französischen Generalkonsuls in Stuttgart, Pierre D'Huart, an das württemberg. Staatsministerium —, wäre bis zum November 1948 die Entlassung deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich abgeschlossen. Am 1. 1. 48 befanden sich noch 261.440 Kriegsgefangene in französischen Gewahrsam. Vom 1. 4. 47 bis 1. 12. 47 wurden 181.645 Kriegsgefangene entlassen. Im gleichen Zeitraum gelang es 21.135 Gefangenen, zu entfliehen. 140.911 Kriegsgefangene hätten einen Zivilarbeitsvertrag unterzeichnet, bei welchem sie die gleichen Rechte wie französische Arbeiter besitzen.

Röchling vor dem Tribunal Général

Die Anklageschrift beschuldigt deutsche Großindustrie

Baden-Baden, 17. Febr. (Dona). Der Prozeß gegen den Leiter der Firma Röchling begann am Montag vor dem obersten französischen Militärgericht in Rastatt. In der Anklageschrift, die gegen Hermann Röchling, Hans Lothar von Gemmingen-Hornberg, Albert Mayer, Wilhelm Rodenhauer und sämtliche Leiter des Röchlingkonzerns gerichtet ist, heißt es laut Röchling nach dem Hinweis auf die verschiedenen alliierten Abkommen, auf Grund deren der Prozeß geführt werden soll, daß zwar die politischen Leiter „des Dritten Reiches“ an der Vorbereitung und Führung der Angriffskriege, sowie an den anschließenden Kriegen begangenen Verbrechen

schuldig seien, daß diese aber nur durch die bewußte Mitwirkung bestimmter deutscher Großindustrieller und Finanzleute möglich geworden seien.

Die Tätigkeit der Leiter der Firma Röchling habe sich nicht nur auf die wirtschaftliche Ausplünderung der besetzten Länder beschränkt, ihr Chef Hermann Röchling habe auch die Verwendung des „Röchlingsschusses“ vorgeschlagen und sich wirksam an der wirtschaftlichen Führung der Angriffskriege beteiligt. Nachdem er von Göring zum Beauftragten für die Eisen- und Stahlherstellung in den Moseldepartements eingesetzt worden war, habe er versucht, seine längst gehegten Pläne in die Tat umzusetzen, nämlich: ohne Rücksicht auf die lothringische Bevölkerung die Metallindustrie dieser beiden Departements in den Dienst Hitlers zu stellen.

Die Hauptursache der vorgeworfenen Handlungen stehe die Anklageschrift nicht in den Verirrungen eines Patriotismus oder einer unbegrenzten Hingabe zum Nationalsozialismus, sondern vielmehr in dem Wunsch, sich durch die Ausbeutung ihrer Werke zum Nachteil der vom Reich überfallenen Länder zu bereichern. Tatsächlich habe Hermann Röchling bei Göring protestiert, weil er einen zu geringen Beuteanteil erhalten hätte, und bei dieser Gelegenheit seine Leistungen geltend gemacht. Außerdem habe er Kohlen und Eisenbergwerke verlangt.

Streitmacht für Palästina

Lake Success, 17. Febr. (AP). Der Palästina-Teilungsausschuß forderte vom Sicherheitsrat die Aufstellung einer abgemessenen militärischen Streitmacht, um die Teilung des Heiligen Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu bewerkstelligen. In ihrem Sonderbericht an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der in voller Übereinstimmung aller fünf Mitglieder verfaßt worden ist, weist die Palästina-Kommission mit unverständlichen Worten darauf hin, daß die Zeit ein eminent wichtiger Faktor für die Ausführung des von den Vereinten Nationen im vorigen Jahre gefaßten Teilungsbeschlusses ist. Mächtige arabische Interessen innerhalb und außerhalb Palästinas bekämpfen die Generalversammlung und lassen nichts unversucht, den Teilungsplan mit Gewalt zu ändern. Die Kommission verweist in diesem Zusammenhang wiederholt auf die Widerstände gegen den Teilungsplan im mittleren Osten. Sie fordert den Rat auf, sofort zu handeln, um Einverständnis zu verhindern. Es wäre ein tragischer und gefährlicher Präzedenzfall, wenn Gewalt den Willen der Vereinten Nationen behinderte.

USA hilft Griechenland

Washington, 17. Febr. (AP). In einem Bericht Präsident Truman zur Griechenland- und Türkeihilfe werden genaue Zahlen über die Ausgaben der beiden Fonds im Jahre 1947 gegeben. Danach sind für Griechenland militärische Lieferungen im Betrage von 74 Millionen Dollars vorgesehen gewesen, während die Lieferungen insgesamt 174.900 Tonnen im Werte von 60 Millionen Dollars umfaßten. Für die Türkei sei bis Ende 1947 militärischer Nachschub in Höhe von 19 Millionen Dollars bestellt worden, doch seien die Lieferungen in den letzten drei Monaten 1947 „unbeträchtlich“ gewesen.

USA hilft Griechenland

Washington, 17. Febr. (AP). In einem Bericht Präsident Truman zur Griechenland- und Türkeihilfe werden genaue Zahlen über die Ausgaben der beiden Fonds im Jahre 1947 gegeben. Danach sind für Griechenland militärische Lieferungen im Betrage von 74 Millionen Dollars vorgesehen gewesen, während die Lieferungen insgesamt 174.900 Tonnen im Werte von 60 Millionen Dollars umfaßten. Für die Türkei sei bis Ende 1947 militärischer Nachschub in Höhe von 19 Millionen Dollars bestellt worden, doch seien die Lieferungen in den letzten drei Monaten 1947 „unbeträchtlich“ gewesen.

1. Sitzung des bizonalen Länderrats

Frankfurt, 17. Febr. (Dona). Die erste öffentliche Sitzung des bizonalen Länderrats findet am kommenden Montag um 11 Uhr im Sitzungssaal der Frankfurter Börsenstraße, unter der Vorsitzende des Exekutivrates des Wirtschaftsrates, Staatsrat Dr. Gebhard Seelos, mit.

Vorläufige Vertreter im Länderrat

Stuttgart, 17. Febr. (Dona). Der württembergische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier (DVP) und Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veil (SPD) wurden auf Beschluß des württembergischen Kabinetts als vorläufige Vertreter Württemberg-Badens im bizonalen Länderrat in Frankfurt ernannt. Wie ein Sprecher des Staatsministeriums dazu erklärte, sei eine endgültige Entscheidung zurückgestellt worden, bis die Bildung des bizonalen Länderrats abgeschlossen sei.

Bayrische Richter für bayrische Nazis

Bamberg, 17. Febr. (Dona). „Wir Bayern wollen uns — soweit wir Nazis waren — nur von bayrischen Richtern verurteilen lassen“, erklärte Dr. Jakob Fischbacher auf der ersten Versammlung der Bayern-Partei, deren Vorsitzender er ist. Die Erklärung Fischbachers, „daß nur Preußen das Verhängnis Deutschlands sei“, wurde mit unheimlichem Jubel der Anwesenden aufgenommen. Im weiteren Verlauf seiner Rede behauptete er, daß im bayerischen Landwirtschaftsministerium 1100 Nichtbayerern Stellen, und daß es bei den Landratsämtern und Spruchkammern ähnlich sei. Auch in den Redaktionen der bayerischen Presse arbeiteten nur „Norddeutsche“. Fischbacher erbot dann schwere Vorwürfe gegen das „Oberbayerische Volksblatt“ in Rosenheim, das er mit „Oberpreussischer Volksblatt“ betitelte. In der förmlichen Redaktion seien Fragebogen und ein ehemaliger hoher Gestapoamter tätig gewesen. — Das Spätkammergesetz nannte Fischbacher eine Verleumdung „zu massenweiser Fragebogenfälschung“. Wenn es sich um Kammer „auf Leben und Tod“ wende und die Bayernpartei mit „Martyrern“ rechnet, so sei der „Endsieg“ der bayerischen Sache doch gewiß.

Ende der Nazi-Kirchengesetze

Berlin, 17. Febr. (Dona). Der Koordinationenausschuß der alliierten Kontrollräte für Deutschland beschloß, daß durch Erlass des neuen Kontrollratsgesetzes Nr. 26 die nationalsozialistische Kirchengesetzgebung abgebrochen werden soll. Das Gesetz bedarf noch der Bestätigung des Kontrollrats.

14 Millionen Zigaretten

Stuttgart, 17. Febr. (Dona). Von den in der Bizone zur Verteilung vorgesehenen 26 Millionen Zigaretten werden 10 Millionen an die berufstätige Bevölkerung verteilt werden, während die restlichen 16 Millionen Stück für die Post und die Eisenbahn bestimmt sind, erklärte ein Sprecher des württembergischen Wirtschaftsministeriums einem Dona-Vertreter. — Von den in der Bizone zur Verteilung vorgesehenen amerikanischen Zigaretten soll Württemberg-Baden 14.390.000 Stück erhalten. Die Zigaretten werden an alle Berufstätigen über 18 Jahre zum Erwerb werden. Jede Person erhält zehn Zigaretten zum Preis von 30 Pfennig pro Stück. Ein Termin für die Verteilung ist noch nicht festgesetzt.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. C8-WB 111. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg...

Frankfurter Fragebogen

Der Hang zur politischen Prinzipienlosigkeit ist eine unglückselige Eigenschaft der berühmten deutschen...

lorien, Friedens- oder Besatzungsstatut, Zulassung zu Waifang, Seeschiffahrt und zum freien Reiseverkehr...

Der Feldweibel auf dem Bahnsteig

Baden-Baden. In Gewerkschaftskreisen der französischen Zone wird mit...

Die Lebensmittelrationen in England

In England gelten zur Zeit folgende Wochenrationen: Butter 37 g, Käse 37 g, Tee 27 g, Fett 28 g, Bacon (Schinken)

Frankreich und Deutschland

Verständnis zwischen den Völkern

Das Ergebnis aller Forschungen, Untersuchungen, aller Arbeit und aller Versuche der letzten Jahre ist die Notwendigkeit einer gegenseitigen Verständigung...

eine Erneuerung der Zivilisation nicht können. Aber wir glauben, schließt er seinen Beitrag...

Davon kündet schon der erste Beitrag von Prof. Jacques Maritain...

Kaschmir und die Kuh

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhandelt über die Kaschmir-Frage, und auf der Halbinsel Vorderindien leben rund 200 Millionen Kühe...

Die Idee eines weltlichen, nationalen Indien, das Hindu und Moslem als gleichberechtigte Bürger beherbergt...

Kaschmir, im äußersten Norden der Halbinsel gelegen, grenzt bereits an Tibet und ist einer von den „unabhängigen“ Fürstentümern...

Die Idee eines weltlichen, nationalen Indien, das Hindu und Moslem als gleichberechtigte Bürger beherbergt...

Un den Hintergrund der wirklich tragischen Situation zu verstehen, muß man wissen, daß die durch die Teilung des Punjab...

Auch hier haben also, wie schon oft in der Geschichte, die Mittel den Zweck erschlagen...

Deutschland-Rundschau

Versteht Westmont

Stuttgart (Donn). Das von Heidelberg nach Völklingen bei Stuttgart verlegte Hauptquartier der US-Besatzungsarmee...

Saxony. Nachdem ein großes Mass an Gefangenen verstorben war, sind die letzten 300 bis 400 Zehner in verschiedene Stätten...

Bankberg. Die amerikanische Militärpolizei in Bamberg hat die Bekämpfung des Schwarzmarktes...

Saxony. Nachdem ein großes Mass an Gefangenen verstorben war, sind die letzten 300 bis 400 Zehner...

Saxony. Nachdem ein großes Mass an Gefangenen verstorben war, sind die letzten 300 bis 400 Zehner...

von Protestaktionen erhalten und werden Meldungen der Landesprüfstelle...

Berlin (Donn). Der Reichsbürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg (CDU)...

Berlin (Donn). Der Titel „Stadtkämmerer von Großerhude“...

Berlin (Donn). Die Zeitungen des Landes Rheinland-Pfalz werden auch einen mit großer Mehrheit...

Berlin (Donn). Der Reichsbürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg (CDU)...

Berlin (Donn). Die Zeitungen des Landes Rheinland-Pfalz werden auch einen mit großer Mehrheit...

Berlin (Donn). Der Reichsbürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg (CDU)...

Berlin (Donn). Die Zeitungen des Landes Rheinland-Pfalz werden auch einen mit großer Mehrheit...

Berlin (Donn). Der Reichsbürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg (CDU)...

Berlin (Donn). Die Zeitungen des Landes Rheinland-Pfalz werden auch einen mit großer Mehrheit...

Berlin (Donn). Der Reichsbürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg (CDU)...

Berlin (Donn). Die Zeitungen des Landes Rheinland-Pfalz werden auch einen mit großer Mehrheit...

Berlin (Donn). Der Reichsbürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg (CDU)...

Berlin (Donn). Die Zeitungen des Landes Rheinland-Pfalz werden auch einen mit großer Mehrheit...

Erfolgreiche Grenzpolizei

Dem Tätigkeitsbericht der nordbadischen Grenzpolizei für den Monat Januar entnehmen wir folgende Mittelungen: Durchgeführte Personenkontrollen über 215 000, dabei über 10 000 Ausländer...

Das Pony und der Amtsschimmel

Kassel (Donn). Ein Mann, der sich zum Beispiel ein kleines Pony und dazu einen kleinen Wagen kauft...

Danach müssen, bevor die Zulassung ausgesprochen wird, die Handelsvertreter, Industrie- und Handelskammer...

Das Pony und der Amtsschimmel. Ein Mann, der sich zum Beispiel ein kleines Pony und dazu einen kleinen Wagen kauft...

Danach müssen, bevor die Zulassung ausgesprochen wird, die Handelsvertreter, Industrie- und Handelskammer...

Das Pony und der Amtsschimmel. Ein Mann, der sich zum Beispiel ein kleines Pony und dazu einen kleinen Wagen kauft...

Danach müssen, bevor die Zulassung ausgesprochen wird, die Handelsvertreter, Industrie- und Handelskammer...

Das Pony und der Amtsschimmel. Ein Mann, der sich zum Beispiel ein kleines Pony und dazu einen kleinen Wagen kauft...

Danach müssen, bevor die Zulassung ausgesprochen wird, die Handelsvertreter, Industrie- und Handelskammer...

Das Pony und der Amtsschimmel. Ein Mann, der sich zum Beispiel ein kleines Pony und dazu einen kleinen Wagen kauft...

Danach müssen, bevor die Zulassung ausgesprochen wird, die Handelsvertreter, Industrie- und Handelskammer...

Das Pony und der Amtsschimmel. Ein Mann, der sich zum Beispiel ein kleines Pony und dazu einen kleinen Wagen kauft...

Danach müssen, bevor die Zulassung ausgesprochen wird, die Handelsvertreter, Industrie- und Handelskammer...

Das Pony und der Amtsschimmel. Ein Mann, der sich zum Beispiel ein kleines Pony und dazu einen kleinen Wagen kauft...

Danach müssen, bevor die Zulassung ausgesprochen wird, die Handelsvertreter, Industrie- und Handelskammer...

Das Pony und der Amtsschimmel. Ein Mann, der sich zum Beispiel ein kleines Pony und dazu einen kleinen Wagen kauft...

Danach müssen, bevor die Zulassung ausgesprochen wird, die Handelsvertreter, Industrie- und Handelskammer...

Das Pony und der Amtsschimmel. Ein Mann, der sich zum Beispiel ein kleines Pony und dazu einen kleinen Wagen kauft...

Danach müssen, bevor die Zulassung ausgesprochen wird, die Handelsvertreter, Industrie- und Handelskammer...

Der Schein trügt

Manchmal sogar, wenn dies unmöglich scheint. Im Dezember vorigen Jahres nahmen Beamte der Karlsruher Kriminalpolizei einen „betrunkenen“ Bettler fest, was zu gehässigen Protesten zahlreicher, den Vorfall beobachtender Passanten führte. Auf der Wache stellte es sich dann heraus, daß der Mann nicht nur durchaus gesunde Glieder hatte, sondern auch sonst keineswegs verunsichert, also ein raffiniertes Schwindler war, der sich auf diese Weise ein recht beachtliches Einkommen erspäuert hatte.

Vor kurzem trug sich auf der Kaiserstraße wiederum ein solcher Vorfall zu. Mit dem Unterschied, daß diesmal ganz offensichtlich ein Schwindler unmöglich war: Deutlich sah man die unterhalb der beiden Betrümpfe abgeschnittene und zusammengebundene Hose, und auch das Gesicht des Mannes, der auf einem primitiven Wägelchen saß, zeigte unzweifelhaft die Spuren einer schweren Verwundung. So nahm denn — nachdem der amtierende Polizeibeamte auf Befragen die (psychologisch gesehen allerdings nicht eben geschickt formulierten) Aussagen erhebt hatte, daß gegen den Betroffenen — deshalb — eingeschritten würde, weil er keine Genehmigung zum Befahren habe — die sich nach und nach zusammenfügende Menge eine ausgesprochen bedrohliche Haltung gegenüber der Polizei ein.

Unter den scheinbaren Voraussetzungen dieses Falles — d. h. wenn der Mann tatsächlich zum Befahren gezwungen gewesen wäre — eine durchaus verständliche Haltung. Gibt es doch allzu viele Familien in Deutschland, über die der Krieg unmittelbar durch Tod oder Verwundung eines oder gar mehrerer Angehöriger unsagbar Leid gebracht hat, als daß ein solcher Anblick nicht starken Widerhall finden müßte; zumal bekanntlich keiner dieser Unglücklichen damals einer amtlichen Genehmigung zu seiner Verwendung bedürfte. Andererseits befindet sich die Polizei in dem Dilemma, als ausführendes Organ des Gesetzgebers entweder der Stimme des Herzens — man möchte fast sagen: den Gesetzen des Anstandes zu folgen und sich damit eines Verstoßes gegen die Disziplin schuldig zu machen oder umgekehrt. Wenn sich aber ein Beamter für die zweite Möglichkeit entscheidet und sich daraufhin einer empörenden vox populi gegenüberstellt, dann sollte er bedenken, daß eine solche Reaktion nicht nur verständlich ist, sondern ihr Ausbleiben geradezu bescheinigend für uns Deutsche wäre.

Doch, wie gesagt, diesmal trat der Schein: Wie die Ermittlungen ergaben, kam der Betroffene vor etwas mehr als einem halben Jahr aus der russischen Zone nach Schwabzell im Landkreis Trautwein, wo er sofort Unterkunft und ausreichend Unterstützung erhielt, um mit seiner Frau beschiden leben zu können. Er hat sich jedoch nachweislich um seine Renten überhaupt nicht gekümmert, sondern sie vorgezogen, zusammen mit einem „Kollegen“ und den beiden Frauen die Städte der westlichen Besatzungszone „shamrasen“, was ihm allerdings eine sehr viel „produktiver“ Lebensweise ermöglichte. Was zu diesem Fall gesagt werden mußte, ist gesagt. Was damit erreicht werden soll, ist ein wenig nachdenklichkeit — nicht nur bei den unmittelbar Beteiligten.

Weiterhin Nachfröste

Ueberricht: Das Hochdruckgebiet über Sibirien hat sich weiter gekräftigt. Damit hält für unseren Raum die Zufuhr kälterer Luftmassen aus dem Norden und Osten Europas weiter an. Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Donnerstagabend: Wollig bis heiter und überwiegend trocken. Tagestemperaturen wenig über 0 Grad, Nachttemperaturen minus 3 bis minus 5 Grad. Schwache Winde aus östlicher Richtung.

Karlsruher Kammermusik

„Charleys Tante“ Die seit nicht unterbrochen, diese — nun, eben „Charleys Tante“, die mitamt über brasilianischen Millionen zweifelt ständlich in Aussicht stehenden Finanzformen unbeschadet überleben. Diesem Willen sei die Karlsruher Kammermusik, die uns ein Wiedersehen mit der inaussetzbar belagerten Dame versprochen und es der hier festgestelltes werden, es war ein recht fröhliches Wiedersehen, wenn auch die Ausführung unter der sonst flotten Regie Erich Schwedes nicht weniger ein gewisses Plödeln vermissen ließ. Als „Charleys Tante“ war Hans Eick in seinem Element, diese entlockende Rolle hat zum letzten Ausprobieren. Erich Tzschigalla u. G. bestreite die erste Donna Lucia wunderbar sympathisch, Hans-Herbert Kieserich gab einen in zwischen Hinsicht unadeligen Colonel a. D. und Hans-Friedrich Krumm die Spitzfigur war ein komisch löselner Genk. Jugendstil unbeschwert die beiden Manager der ganzen Verkleidungsarbeiten: Erich Meines und Winfried Müller, zu denen sich Ise Krause und Josef Müller als deren schuldlose Ursache zum selbstverständlichen happy end gesellen. In kleinen Rollen besetzte Schweigert u. G. und Reinhard Fuchs, Emil Burkardts Bühnenbilder verdienen wiederum volle Anerkennung. H. H.

Aus den Konzertsälen

Zum zweiten Male in dieser Saison gab uns der Freiburger Pianist Dr. Franz Hillier Gelegenheit, uns von seinem enormen Können zu überzeugen. Wenn trotz der manuellen Sicherheit, von der der gesamte Ablauf der Programmfolge ohne Einschränkung Zeugnis gab, eine gewisse Farblosigkeit kaum zu übersehen ist, so als Folge seines zu sehr werkgebundenen, zu exakt und objektiv orientierten Interpretierens. Ungeachtet dieses ausschließlich den Ausdruck des Vortragenden bestimmenden Kompre-

Ein weiteres Jahr Ehrendienst

Stadtrat beschloß unentgeltliche Ausleihung städtischer Schulbücher

Oberbürgermeister Töpfer dankte vor Beginn der gestrigen öffentlichen Stadtratssitzung dem Ratkollegium und der gesamten Bürgerschaft der Stadt Karlsruhe für das ihm durch die Wiederwahl zugesprochene Vertrauen. Stadtrat Trautwein versprach, im Namen des Stadtrates, dem wiedergewählten Oberbürgermeister volle Unterstützung zu gewähren. Auch die Kommunalverwaltung steht vor einer Währungsreform, deren Folgen sich nur ahnen lassen. Die Stadt und ihre Bürger müssen zur äußersten Sparsamkeit aufgefordert werden. Durch den Karlsruher Ehrendienst wurde bereits über die Hälfte des Schuttes des Stadtrates und damit finanzielle Mittel zum Wiederaufbau eingepart. Wenn die restlichen Schuttmassen aus der Stadt vertrieben werden, ist die Mittelfür alle erforderlich. Oberbürgermeister Töpfer stellte daher den Antrag, auch für das kommende Jahr einen Ehrendienst aller Karlsruher Bürger im Alter von 18 bis 60 Jahren aufzuführen. Die Fraktion der SPD erklärte sich bereit, geschlossenen einen dreitägigen Ehrendienst abzuleisten. Stadtrat Klotz (SPD), der an Stelle von OB Töpfer in das Kollegium nachrückte, wurde auf drei Jahre als Stadtrat verpflichtet.

Zur Tagesordnung übergehend, wurde dem Antrag von Stadtrat Dietz (KPD), einige Punkte der nichtöffentlichen Tagesordnung öffentlich zu verhandeln, stattgegeben. Einmütige Annahme fand die Änderung der bisherigen Gemeindefestsetzung über die Verwaltung der Stadt Karlsruhe, betreffend die Festsetzung der Zahl der Bürgermeister und deren Amtszeit. Danach wird die Stellenbesetzung des stellvertretenden Bürgermeisters und der Beigeordneten im Amtsbereich veröffentlicht werden. Im Übrigen wird der Stadtrat zu diesem Punkt in seiner nächsten Sitzung am 2. März nochmals Stellung nehmen.

Zur Wiedereröffnung der Schöffengerichte wurden Vorschläge des Landrates und der Parteien zur personellen Besetzung einstimmig angenommen, ebenso die Anerkennung von Rektorenernennungen. Eine recht lebhaft Debattete Wote der Antrag der Fa. Henkel & Co.

auf Verwendung des Stadtwappens zu Reklamazwecken aus. Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Verfassungsdarograph Ober Lernmittelfreiheit an den Volksschulen, besonders die Anschaffung von Filz für das erste Schuljahr, gab Anlaß zu längerer Aussprache. Der Stadtrat wandte sich gegen die Bezahlung einer Leihgebühr für die von der Stadt angeschafften Bücher. Bis zum nächsten Jahr hofft man die Versorgung mit Schulbüchern besser durchführen zu können. Nach einstimmigem Beschluß blieben die Filzfen Eigentümer der Stadtverwaltung und werden ohne Leihgebühr an die Schüler ausgehändigt.

Einige interne Punkte der Tagesordnung wurden anschließend in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt. Als festes Tag für künftige Stadtratssitzungen wurde mit Zustimmung des Ratkollegiums der Dienstag angesetzt. Hm.

Oberbürgermeister Töpfer dankt

Anlässlich meiner Wahl zum Oberbürgermeister meiner Heimatstadt sind mir aus allen Kreisen der Bevölkerung Glückwünsche in so großer Anzahl zugegangen, daß ich sie unmöglich alle im einzelnen beantworten kann. Ich habe daher nur auf diesem Wege die Möglichkeit, allen Gratulanten für ihre freundlichen Wünsche zu danken. Ich verbinde damit auch den Dank an alle Wähler, die mir vertrauensvoll ihre Stimme gegeben haben.

Ich verspreche, nach meinen Kräften alles zu tun, um die Arbeiten an dem gewaltigen Wiederaufbauwerk — nicht zuletzt auf dem kulturellen und geistlichen Gebiet — zu fördern. Wenn es sich jetzt auch noch nicht überblicken läßt, wenn wir jenen verfrühten und kulturellen Stand erreicht haben werden, wie ihn unser Volk vor den unglückseligen Jahren des Niederganges beginnend mit dem Jahre 1933, schon erreicht hat, so soll es unser aller Sinn und Trachten sein, den kommenden Generationen eine bessere Zukunft zu schaffen. Töpfer, Oberbürgermeister.

Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

Plamper Betrug. Ein Postfacharbeiter wurde festgenommen, weil er in zwei Fällen bei Frauen, von denen er wußte, daß sie amerikanische Gemütmittel besaßen, Betrügeleien verübte, indem er angeblich im Auftrag ihrer Bekannten Tüten mit Weidemehl abgab, und sich dafür eine größere Menge Zigaretten und Schokolade aushandelte. In die Tüten hatte er jedoch Malzmehl gefüllt und auf diese nur eine dünne Schicht Weidemehl aufgelegt.

Postmarader. Ein Postfacharbeiter wurde festgenommen, nachdem der Überwachungsdiener bei einer überraschenden Schrankkontrolle in seinem Schrank eine größere Anzahl ausgekaufter Postpakete und Einschreibesendungen vorgefunden hatte, deren Inhalt er untersuchen hat.

Diebstahl festgenommen. Vier Bäckerlehrlinge betriebsweise „Gestellen“ wurden festgenommen, weil sie in den letzten Wochen bei ihrem Meister etwa 120 Pfund Butterfett und Margarine sowie größere Mengen Nahrungsmittel, Getreide und Trockenmilch gestohlen und auf dem Schwarzmarkt gegen entsprechende Preise verkauft haben.

Polizei rückt Menschenleben. Ein 14jähriger Mann, der beim Reiten im Wald vermißt war, konnte mit Hilfe eines Polizeihundes geborgen werden. Er hatte bei der Arbeit einen Schwächeanfall erlitten, durch den er hilflos im Walde liegen geblieben war. Von der Ostsee zu den Alpen“ hieß das Thema, über das Fritz Römer im

Rahmen eines, was die Kollektion des Bildmaterials angeht, überaus eindrucksvollen Farbfilmvortrages sprach. Auch die kleinen photographisch-technischen Hinweise hörten in ihrer Kürze und Prägnanz den Charakter des Abends in keiner Weise.

„Gesellschaft der Freunde des Badischen Staatstheaters“ gegründet. In der Erkenntnis der großen kulturellen Bedeutung des Badischen Staatstheaters und in dem Bestreben, seine Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu steigern, wurde am vergangenen Samstag der Verein „Gesellschaft der Freunde des Badischen Staatstheaters“ gegründet. Den Vorstand bilden die Herren Generaldirektor Möller als Vorsitzender, Präsident der Industrie- und Handelskammer Caspary als stellvertretender Vorsitzender, Stuffer als Kassierer, Eby als Schriftführer, sowie Oberbürgermeister Schaffer, Landrat Groß, Gewerkschaftsvorsitzender Fißler, Professor Paschi, Gebhardt und Dr. Neff als Beisitzer.

Besichtig der Durchführung des Notfallegesetzes verweisen wir auf die Wirtschaftsdruckerei und die amtliche Bekanntmachung in unserem heutigen Anzeigenblatt. In diesem Zusammenhang wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß es bei Hausarbeiten im Gegensatz zu landwirtschaftlichen Betrieben, gewerblichen Betrieben der Ernährungsindustrie, sowie Gemeinschafts- und Saisonalverpflichtungsbeziehungen einseitlich Gestalt zu einer Forderung bedarf. In der An Stelle von Karloffs. Die in Werkstätten, Kantinen und Gaststätten zur Ein-

durch eine hellere Frontstimme, die größere Schwere der deutschen Übertragung durch einen Mann vorgetragen zu lassen, Maria Piazzini, die sich zwei ausgezeichnete Übertragungen beigegeben hatte, variiert es aus beste, Inhalt und Klang der Gedichte zufrieden abstimmen, während Hans Herbert Michels Lesung teilweise größere Schlichkeit zu wünschen gewesen wäre, da diese und Vortragend doch ganz verschiedene Anforderungen stellen. Am besten gelang dem Künstler die Wiedergabe aus Adolfo Orlando Furusca. Ca.

Hier Radio Stuttgart

Tägliche Sendungen: 8.45, 12.45, 19.45, 22.45 Nachr.; 7.00 Morgenstunde. : 8.00 Amu Stadt u. Land; 8.15 Wasserstands-meld.; 8.15 P.C.I.R.O.-Nachmeld.; 8.45 Kurznachr.; 11.30 Kinderred.; 13.10 Echo a. Baden; 17.45 Anschlagskölle; 18.00 Stimme Amerika; 22.30 Pressekommentare.

Aus den Tagesprogrammen

Mittwoch, 18. Febr. 12.30 Prozesse d. Zeit; 14.30 I.R.O.-Sendung; Württ.-Baden; 14.30 Kinderfunk; 17.00 F. G. Bucherfunk; 17.30 Liedv. R. Schumann u. J. Brahms; 18.30 Jugendfunk; 19.30 Sport; 19.35 Mensch und Arbeit; 20.30 Auschau, s. Op. v. R. Wagner; 21.00 Hörspiel: „Das Märchen“ v. G. Goetz; 22.00 Donnerstag, 19. Febr.: 6.30 Morgensymn.; 8.00 Wieke u. Kolffe; 12.00 Landfunk; 17.00 Der Zeitschriftenleser II — Ent-wickl. nach 1948; 18.00 Engl. F. Fortgeschd.; 18.30 Wirtschaftsfragen; 19.30 Zeitfunk; 20.30 Send. d. Milliarreg.; 21.30 „Pelleas u. Melisande“ v. C. Debussy; 22.30 „So singt und tanzt Südamerika“.

Frankfurt 18. Febr. 20.15 „Die Vögel“ lyrisch-phantast. Oper nach Aristophanes, Dicht. u. Musik v. Brannfels. — Bericht 18. Febr., 21.30 Das Meisterwerk: Orxod-Symph. v. J. Haydn.

Notprogramm für Binnenschifffahrt gefordert

Industrie- und Handelskammer schließt sich diesbezüglicher Eingabe an

Die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe hat sich einer Eingabe der Niederbayerischen Industrie- und Handelskammer, Durlach-Wesel, an die zentrale Wirtschafts- und Verkehrsbehörde der Binnenschifffahrt, Karlsruhe, angeschlossen. In welcher zur Durchführung eines Reparaturprogramms der westdeutschen Binnenschifffahrt im bevorzugten Zustand von Eis und Holz geboten wird. Die Eingabe geht davon aus, daß der Binnenschifffahrt, die als Verkehrsträger von Jahr zu Jahr an Bedeutung verliert, gerade heute besondere Bedeutung zukommt. Der Anfall an Kahrbaum als Folge der Kriegseingänge ist immer noch erheblich. Die Lage bei den Werften ist besonders infolge der allgemeinen Materialverknappung äußerst gespannt. Da wegen des ständigen Materialmangels die Reparaturarbeiten häufig nur notdürftig und behelfsmäßig ausgeführt werden können, sind ältere Wiederbauten bzw. Ergänzungen der Reparaturen an der Tagesordnung. Im Jahre 1948 können die Werften im Rhein- bzw. Kahrgebiet mit verhältnismäßig geringen Mitteln, nämlich 2000 Tonnen Eisen und 750 cbm Holz, rund 100 000 Tonnen Kahrbaum und 10 000 PS Schleppkraft reparieren und warten. Mit dem zu geschätzten restlichen Kahrbaum könnten also Millionen Tonnen Kohlen nach Oberhessen, 600 000 Tonnen Kohlen nach Nord- und Mitteldeutschland und 500 000 Tonnen Lebensmittel von der Röhre zum Rhein-Ruhrgebiet befördert werden. Die gesamte verbleibende Wirtschaft bei der größten Interesse daran, daß mit diesen geringen Mitteln die vorgesehenen erheblichen Transportleistungen erfüllt werden kann. Aus diesem Grunde haben sich zahlreiche Binnenschifffahrtskammern, darunter die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, die Eingabe angeschlossen.

Württemberg-Badische Rundschau

Eine unerquickliche Bekanntschaft Schieber, Schwarz- und Tauchhändler lernen sich bekanntlich schnell und an allen Orten kennen. Im Bahnhof in Bruchsal begegnete sich zwei junge Männer dieser Art, der eine aus Mannheim, der andere aus dem Landkreis Bruchsal. Der eine hatte einen getragenen, gefärbten Uniformmantel zum Preise von 800 Mark zu verkaufen, und der andere wollte ihn gern haben. Das Geschäft ging schnell und bei Dunkelheit voran, so daß der Verkäufer nicht bemerkte, daß ihm der neue Mantelbesitzer an Stelle von Geldscheinen nur Zeitungspapier in die Hand drückte. Der Betroffene hatte auf dem Bahnhof seine Haare fahren wollen. Aber auch die Landespapier war zur Stelle und nahm den einen wegen Schwarzhandels und den anderen wegen Betruges fest. PD.

Bedeutende Bedeutung der Volkshochschulen

Die Zahl der Volkshochschulen in Württemberg-Baden ist seit Januar 1947 von 14 auf 20 gewachsen, während die Zahl der Studenten von 2500 auf 46 000 an-

stieg. Besonders Gewicht wird bei diesen Volkshochschülern auf den Unterricht über die technischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse anderer Länder gelegt. Die Kurse in Geschichte und Kulturgeschichte fremder Länder wurden verdreifacht, Vorlesungen über amerikanische Geschichte verdoppelt. Geschäftskurse verdreifacht und technische Kurse verdreifacht. „Dieses ist ein sicheres Zeichen dafür, daß der Durchschnittsdeutsche an einer umfassenden Ausbildung interessiert ist, um Dinge zu lernen, die ihm bei seiner Arbeit nützen und ihm ein besseres Verständnis der Außenwelt verschaffen“, heißt es in einer Erklärung des Beamten der Militärregierung, Dr. Ralph E. Berry. In letzter Zeit hätten auch entlegene ländliche Gebiete ein wachsendes Interesse für Spezialkurse gezeigt. Als typische Beispiele für diese Entwicklung des Volkshochschulwesens zitierte Dr. Berry die Geschäfts- und Industriekurse in Mannheim. fr.

Freiburger Kunterbunt

Die Zahl der Hörer der Volkshochschule Freiburg ist auf 1400 gestiegen. Die größte Hörerzahl entfällt auf Fremdsprachen (62 Hörer), Literatur und Philosophie, 9,3% der Hörer sind Arbeiter, 2,4% Studenten. — Nachdem im badischen Wirtschaftsministerium erst kürzlich zwei Schreibmaschinen erworben wurden waren, wurde dieselbe in einer der letzten Nächte gleich ein ganzes Dutzend Maschinen gemietet und von den unbekanntesten Tätern mit einem Lastwagen weggebracht. — Die Städte Karlsruhe und Stuttgart führen in den durch Borkenkäfer bedrohten Wäldern bei Schilfforene mit einigen Hundert Arbeitern größere Tiebe durch. Die Stadt Freiburg gründete die Tatsache, daß sie sich als nächst gelegene Stadt nicht mit einschaltet, mit Mangel an Arbeitskräften. — Nachdem die Hauptvorarbeiten abgeschlossen sind, soll demnächst mit dem Serienbau von Holzhäusern begonnen werden. — Als provisorische Festhalle soll in Zukunft die alte Straßenbahnhalde an der Urachstraße dienen. -G-

Arbeitsamt benachrichtigen!

Immer wieder ist in der täglichen Praxis zu beobachten, daß Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften ohne Verständigung des Arbeitsamtes vorgenommen werden. Besonders im Falle von Kündigungen trägt das eine unzulässige Belastung des behördlichen Schriftverkehrs und vermeidbare Unzulänglichkeiten für den säumigen Arbeitgeber. Wiederholt muß daher auf die nach wie vor gültige Rechtsanordnung vom 27. August 1944 hingewiesen werden, wonach die Beschäftigung von Betriebsangehörigen und deren Kündigung nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes statthaft ist. Ein schuldhaftes oder fahrlässiges Übertreten dieser Vorschrift bedeutet, daß eine Kündigung so lange rechtswirksam bleibt, als die Genehmigung des Arbeitsamtes zum Ausscheiden des Entlassenen nicht vorliegt. Dieser behält auch den Anspruch auf Weiterzahlung seines Lohnes oder Gehaltes, bis die Bedingungen der Rechtsanordnung erfüllt sind. Sie hat nicht allein den Zweck eines Schutzes für den Arbeitnehmer, sondern dient besonders dem, die heute ohnehin schwierige Arbeitsmarktlage zu entspannen. Es erscheint mithin rätlich, der wohlbedachten Bestimmung nachzukommen. 19.

Der Württemberg-Badische Baumeisterbund tagte

Vordringlich gilt seine Sorge dem Badischen Staatstechnikum

Der im November des vergangenen Jahres gegründete Württemberg-Badische Baumeisterbund gab jetzt in der ersten Hauptversammlung der Gruppe Baden in Karlsruhe recht erhebliches über sein Wesen und seine Ziele kund. Es scheint, daß dringend geboten war, diesen im Jahre 1934 verbotenen Bund zu neuem Leben zu erwecken, damit die Absolventen und Dozenten, die Baumeister und Ingenieure und auch die Studierenden des Badischen Staatstechnikums einander kennenlernten, Fühlung aufnehmen können — zum Vorteil des ganzen Landes lehrlich. Der inkraftige vorbereitende Ausschuss zur Gründung des Baumeisterbundes hat seine Arbeit nunmehr abgeschlossen und sie dem in dieser Versammlung gewählten Vorstand übergeben, zu dessen ersten Vorsitzenden einstimmig lag. K. M. K. Stuttgart, ernannt wurde. Ein hinregewählter Mitgliederausschuß, dem je zwei Angestellte, Architekten, Ingenieure des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, Bauingenieur und zwei Beisitzer aus dem Eisenbau und Vermessungswesen angehören, wird den Belangen aller Bundesmitglieder Rechnung tragen.

Der inkraftige vorbereitende Ausschuss zur Gründung des Baumeisterbundes hat seine Arbeit nunmehr abgeschlossen und sie dem in dieser Versammlung gewählten Vorstand übergeben, zu dessen ersten Vorsitzenden einstimmig lag. K. M. K. Stuttgart, ernannt wurde. Ein hinregewählter Mitgliederausschuß, dem je zwei Angestellte, Architekten, Ingenieure des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, Bauingenieur und zwei Beisitzer aus dem Eisenbau und Vermessungswesen angehören, wird den Belangen aller Bundesmitglieder Rechnung tragen.

Aus den Begrüßungen und Ansprechen im Verlauf der geschlossenen Tagung blaug die Sorge vornehmlich um die Probleme des Staatstechnikums, die Ausbildungsstätte der Baumeister. Dem Bericht des Direk-

torlekturleiter Helmut Haug, Karlsruher Redaktion: Waldstraße 23, Telefon 922 und 923; Anzeigenannahme: Bäck, Karlsruhe, Karlstraße 14, Telefon 7305 (Zweigstelle Ettlingen, Kronenstraße 4, Telefon 413).

